

Steuergerechtigkeit als Alternative zum Spardiktat von Schuldenbremse und Fiskalpakt

Die Geschichte des europäischen Spardiktats in Griechenland zeigt: Es waren verlorene Jahre – nicht nur für Griechenland, sondern für die EU: Seit die Europäische Kommission Anfang 2010 beschloss, den griechischen Haushalt unter EU-Kontrolle zu stellen, muss die Regierung sparen. Die Krise in Griechenland eskalierte bekanntlich trotzdem und wurde zur Eurokrise. Die Antwort der von Deutschland angeführten Euro-Retter: noch mehr Sparauflagen. Diese wiederum ziehen einen Wachstumsrückgang nach sich, der die Krisenländer wirtschaftlich noch schlechter dastehen lässt als vorher und der langsam aber sicher das europäische Sozialmodell zu zerstören droht.

Die Wirkung der wirtschaftlichen Schrumpfung auf die Schuldenquote ist auch ohne Kenntnisse der höheren Mathematik leicht auszurechnen: Je kleiner das Bruttoinlandsprodukt (BIP), desto höher der Anteil der Schulden am BIP. In Griechenland wuchs der Schuldenberg von 110 Prozent des BIP bei Ausbruch der Krise 2010 auf inzwischen 170 Prozent. Die höhere Schuldenquote, die auch durch die vielen Rettungskredite immer weiter in die Höhe getrieben wird, führt dann wiederum dazu, dass Rufe nach noch mehr Sparen laut wurden, was zur Verabschiedung des Fiskalpakts führte.

Dadurch aber zäumt die Politik das Pferd von hinten auf. Die Ursachen der aktuellen fiskalpolitischen Krise werden durch den Fiskalpakt gerade nicht angegangen. Für die Unterfinanzierung der öffentlichen Hand gibt es diverse Gründe. Es zeigt sich, dass die Finanzlage des Staates – und übrigens auch die der privaten Haushalte – nicht nur von der konjunkturellen Lage abhängt, sondern von einer Reihe weiteren Faktoren: Wie verteilen sich Einkommen und Vermögen? Wie gerecht oder ungerecht ist das Steuersystem? Wie werden Einnahmen und Lasten zwischen den einzelnen Staaten und Regionen Europas aufgeteilt?

Die Einkommensungleichheit jedenfalls ist in den meisten Industrieländern rapide angestiegen: Von 1999 bis 2009 schrumpfte dem Sozio-oekonomischen Panel des DIW zufolge in Deutschland das Einkommen des Bevölkerungszehntels mit dem geringsten Einkommen um 9,6 Prozent, im gleichen Zeitraum wuchs es beim obersten Zehntel um 16,6 Prozent.

Auch die Vermögenskonzentration hat zugleich dramatisch zugenommen: 829.900 Vermögensmillionäre gab es laut dem D.A.CH-Vermögensreport der Liechtensteiner Investmentgesellschaft Valluga 2010 in Deutschland; das waren trotz Krise 6,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Zehn Prozent der deutschen Haushalte verfügen über mehr als die Hälfte des gesamten Nettovermögens, so der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung – Tendenz deutlich steigend, während das Nettovermögen des Staates abnimmt.

Diese Umverteilung von unten nach oben war nicht zuletzt auch eine Folge der Steuerentlastungen für Spitzenverdiener, Vermögensbesitzer und Unternehmen: Nachdem die Vermögensteuer bereits 1997 abgeschafft wurde, wurde der Spitzensteuersatz der Einkommensteuer seit der Jahrtausendwende von 51 auf 42 Prozent gesenkt, die Unternehmenssteuer (Körperschaft plus durchschnittlicher Gewerbesteuersatz) von 51,6 auf 29,4 Prozent, und für Kapitalerträge fällt statt dem individuellen Einkommensteuersatz nur mehr eine Abschlagsteuer von 25 Prozent an. „Deutschland ist für Vermögende eine Steueroase“, so bringt es der Leiter der DGB-Wirtschafts- und Steuerabteilung, Mehrdad Payandeh, auf den Punkt.

Die Steuersenkungen zogen zwar nachweislich keine Wachstumserhöhung nach sich, dafür ließen sie aber die öffentlichen Haushalte austrocknen. Die staatlichen Einnahmen gingen infolge der Steuerreformen zurück – für Deutschland beziffert der DGB die konjunkturunabhängigen

Mindereinnahmen für Bund, Länder und Gemeinden seit 1998 auf 386,4 Mrd. Euro. Mit diesem Geld hätte man den geschätzten Investitionsbedarf der überschuldeten Kommunen für Schulen, ÖPNV, Straßen, Wohnungsbau, Krankenhäuser, Sportstätten und Verwaltungsgebäude bis 2020 vollständig abdecken können. Doch es kam noch schlimmer: Auf die Steuersenkungen folgten stets Ausgabenkürzungen, die sich beispielsweise in der Erhöhung kommunaler Gebühren und dem Niedergang bis hin zur Schließung öffentlicher Einrichtungen äußern – typischerweise zu Lasten derer, die auf soziale Einrichtungen am stärksten angewiesen sind. Zugleich aber reichten die Kürzungen nie aus, um die fehlenden Steuereinnahmen auszugleichen und einen weiteren Anstieg der Staatsverschuldung zu verhindern. Und so werden beständig Rufe nach noch mehr Sparen laut.

Schulden vs. Sparen

Um über Ansätze zur Lösung von Schulden- bzw. Eurokrise nachzudenken, ist es zunächst einmal nötig, sich die fiskalpolitischen Möglichkeiten der Staaten vor Augen zu führen. Staaten können ihren Haushalt nur auf drei Arten beeinflussen: Sie können weniger ausgeben, also der derzeit modernen Sparpolitik folgen. Oder sie können für mehr Einnahmen sorgen. Dies ist wiederum ist möglich entweder durch die Aufnahme zusätzlicher Schulden oder durch die Erhöhung der Steuereinnahmen.

Die derzeitige politische Debatte – nicht nur in Deutschland und in der EU – dreht sich lediglich um die beiden erstgenannten Punkte: noch mehr Schulden oder kräftig sparen, also genau die Strategien, die die Krise erst herbeigeführt haben. Eine Fortsetzung des Sparkurses würde die Krise, wie gezeigt, nur verschärfen. Spart der Staat, äußert sich das nämlich nicht nur unmittelbar in einem geringeren Bruttoinlandsprodukt, weil die staatlichen Ausgaben ja direkt in dieses einfließen. Hinzu kommt ein Nachfragerückgang infolge von Stellenstreichungen und niedrigeren Löhnen im öffentlichen Sektor, rückläufigen staatlichen Aufträge sowie oftmals Rentenkürzungen. Ein Euro weniger Schulden reduziert die Wirtschaftsleistung daher um 1,50 Euro, hat der IWF ausgerechnet.¹ Das wiederum lässt die Steuereinnahmen des Staates weiter zurückgehen. Ein Teufelskreis des Sparens entsteht.

Eine höhere Schuldenaufnahme ist aber nur kurzfristig im Sinne einer keynesianistischen Intervention in die Wirtschaft sinnvoll. Auf mittlere und längere Sicht stellt sie keine wünschenswerte Alternative dar, wenn auch nicht aus dem häufig zitierten Grund, Schulden seien eine Sünde gegenüber unseren Kindern – ganz so, also sei es völlig in Ordnung, künftige Generationen mit mangelhafter Bildung, maroder Infrastruktur und fehlenden Arbeitsplätzen zu konfrontieren. „Es ist besser, Schulden zu vererben als einen Scherbenhaufen“, sagte sogar der Präsident des ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, einmal. Ohnehin ist die Behauptung falsch, nur die Schulden gingen zu Lasten künftiger Generationen, weil zugleich ja auch die Forderungen vererbt werden.

Gerade die Tatsache, dass den Schulden auch Forderungen gegenüberstehen, verweist auf das eigentliche Problem: die Verteilungswirkung der öffentlichen Schulden. Denn die dafür fälligen Zinsen (2009 etwa waren es gut 41 Mrd. Euro und damit weit mehr als die staatlichen Investitionen in Höhe von 27,1 Mrd. Euro) stehen anderen Zwecken nicht mehr zur Verfügung. Sie fließen allein den Kapitalgebern zu, also den Bessergestellten, und nicht etwa denen, die staatliche Unterstützung tatsächlich benötigen würden. So erklärt sich übrigens, dass es in der Vergangenheit hauptsächlich konservative Regierungen waren, die die meisten Schulden machten: Die Zinsen kommen tendenziell ihrer Klientel zugute, während die Alternative, höhere Steuern, vor allem diese belastet.

Genauso wenig überzeugend erscheint im Übrigen das Argument, öffentliche Schulden seien langfristig nötig und wünschenswert, weil nur sie Sparern eine nicht-spekulative Geldanlage in Staatspapieren ermöglichten. Dies ist falsch, weil Einlagen bei lokalen Sparkassen und Genossenschaftsbanken nicht nur sicher und im Übrigen auch durch die Einlagensicherung versichert sind, sondern darüber hinaus Gelder in lokale Wirtschaftskreisläufe einspeisen und so zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen.

¹ Die Gründe dafür lassen sich nachlesen in Wolfgang Münchnau, „Das große Einmaleins“, Spiegel online 31.10.2012 [www.spiegel.de/wirtschaft/wann-sparprogramme-funktionieren-und-wann-nicht-a-864421.html]

Die Einnahmenseite stärken

Also bleibt dem Staat nur, sich endlich um seine einzige andere Finanzierungsquelle zu kümmern: um seine Steuereinnahmen. Was passiert, wenn Staaten diese Quelle vernachlässigen, lässt sich ebenfalls am Beispiel Griechenlands studieren, wo die Steuer- und Abgabeneinnahmen zu Beginn der Krise 2008 nur 31 Prozent des BIP ausmachten, verglichen mit 48 Prozent etwa in Dänemark oder 47 Prozent in Schweden.² (Deutschland stand hier mit 36,4 Prozent allerdings ebenfalls nicht sehr gut da.) Auch andere europäische Krisenstaaten der jüngeren Zeit wie Ungarn und Irland zeichnen sich durch eine Politik ausgesprochen niedriger Steuern aus. Übrigens haben auch in den USA die wiederholten Steuersenkungen zu Defiziten geführt, die das Land an den Rand einer Fiskalkrise gebracht haben.

Gerade in einer Situation, in der sich die europäischen Staaten durch Schuldenbremse und Fiskalpakt Fesseln bei der Schuldenaufnahme angelegt haben, ist es nötig, umso mehr für die Steuereinnahmen zu tun. Schließlich ist dies auch die einzige verbleibende Option, der mit der Sparpolitik einhergehenden wirtschaftlichen Schrumpfung entgegenzuwirken.

Sicher nicht aufgehen wird allerdings die vor allem in Kreisen der Bundesregierung und bei konservativen Ökonomen weit verbreitete Hoffnung, eine geringere Staatsverschuldung werde gewissermaßen automatisch zu mehr Steuereinnahmen führen. Dieser schöne Traum wird mit dem höheren Wirtschaftswachstum begründet, das zumindest auf mittlere Sicht aus einer verminderten Schuldenaufnahme des Staates resultiere, unter anderem, weil dann laut Lehrbuch die Zinsen nicht mehr durch die staatliche Kreditnachfrage in die Höhe getrieben werden. Doch die Zinsen sind seit Ausbruch der Finanzkrise ohnehin auf Minimalniveau, ohne dass dies zu höheren Unternehmensinvestitionen geführt hätte, ganz einfach weil die entsprechende Nachfrage sowohl von Seiten des Staates als auch von den Privathaushalten fehlt. Dass sich in Deutschland die Steuereinnahmen dennoch in letzter Zeit positiv entwickelt haben, liegt im Wesentlichen nur an Erfolgen der Exportindustrie, die jedoch nicht unbedingt von Dauer sein werden angesichts der Krise in den europäischen Abnehmerländern und den tendenziell sinkenden Wachstumsraten der ihrerseits höchst exportabhängigen Schwellenländer.

Aus diesem Grund ist es dringend geboten, die Steuereinnahmen nachhaltig zu erhöhen. Die Frage ist nur, wie dies am besten geschehen sollte. Die einfachste und von zahlreichen Regierungen regelmäßig gewählte Methode ist eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, denn diese Maßnahme ist sowohl verwaltungstechnisch als auch politisch leicht umzusetzen. Schließlich können Normalverbraucher im Gegensatz zu Unternehmen und Vermögenden weder ihr Geld ins Ausland bringen noch verfügen sie über eine schlagkräftige Lobby. Doch Mehrwertsteuererhöhungen wirken sich negativ auf eine ohnehin schon geschwächte Binnennachfrage aus. Darüber hinaus sind sie vor allem aus Gründen der Steuergerechtigkeit abzulehnen.

Mehrwertsteuern wirken stark regressiv, weil sie die Steuerlast hauptsächlich auf Haushalte mit geringem Einkommen verschieben: Diese müssen den größten Teil ihrer Einnahmen für den täglichen Konsum aufwenden und zahlen dafür Steuern. Wer dagegen sein Einkommen zu beträchtlichen Teilen zurücklegen bzw. damit Immobilien oder Aktien kaufen kann, zahlt prozentual aufs Einkommen bezogen wesentlich weniger Mehrwertsteuern. Berechnungen des DIW zufolge führte die Erhöhung der Mehrwertsteuer in Deutschland von 16 auf 19 Prozent bei den Haushalten im untersten Einkommensdezil zu einem Anstieg der Steuerbelastung in Relation zum Haushaltsnettoeinkommen um 1,46 Prozentpunkte – im Gegensatz zu nur 0,98 Prozentpunkten bei den bestverdienenden zehn Prozent der Bevölkerung.

Steuergerechtigkeit stärken

Es ist als höchste Zeit, sich darüber Gedanken zu machen, wie die Steuereinnahmen des Staates auf eine gerechte Weise erhöht werden können. Die Frage, was Steuergerechtigkeit eigentlich ausmacht, hat sich historisch entwickelt und kann hier nur kurz angerissen werden. Vor allem ging es spätestens seit der Französischen Revolution um eine gerechte Verteilung der Finanzierungslasten, von denen sich die oberen Stände bis dahin elegant ausgenommen hatten. Als zentrale Anforderungen an ein gerechtes Steuersystem hat sich im Laufe der Zeit folgendes herauskristallisiert: Steuern sollen nach ökonomischer Leistungsfähigkeit erhoben werden – d.h. sie sollen möglichst progressiv gestaltet sein – und sie sollen für sozialen Ausgleich sorgen. Dies geschieht, weil Steuern einerseits selbst umverteilend wirken – der Reiche zahlt in jedem Steuersystem absolut mehr Steuern als der Arme, obwohl er öffentliche

² OECD Revenue Statistics [http://dx.doi.org/10.1787/rev_stats-2012-en-fr].

Dienstleistungen nicht stärker in Anspruch nimmt – und andererseits, weil sie dem Staat ausreichende Mittel verschaffen, um einen Sozialstaat finanzieren zu können. Hinzu kommt noch die Steuergerechtigkeit auf internationaler Ebene: Das deutsche Steuersystem sollte so ausgestaltet sein, dass es Steuervermeidung und Steuerflucht aus anderen Ländern verhindert, was nicht zuletzt für Entwicklungsländer von höchster Bedeutung ist.

Entsprechende Reformvorschläge liegen für Deutschland in Grundzügen vor wie beispielsweise die von Attac und ver.di entwickelte Solidarische Einfachsteuer (SES), die auf Steuergerechtigkeit und die Stärkung der öffentlichen Finanzen zielt. Sie sieht u.a. einen linear-progressiven Einkommensteuersatz zu, der die unteren Einkommensgruppen ent- und die oberen belastet, eine konsequente Vermögensbesteuerung, eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage durch Abschaffung zahlreicher Ausnahmetatbestände und zu guter Letzt auch eine Vereinfachung des Systems etwa durch eine Reduzierung der bisher sieben Einkunftsarten auf nur mehr vier, wodurch die Arbeit der Finanzämter erleichtert und die Steuervermeidung erschwert würde.

Allein schon die Rückkehr zu den Steuersätzen vor den Rot-Grünen und Schwarz-Roten Steuerreformen wäre dabei ein Fortschritt: zu einem Spitzensteuersatz von 51 Prozent bei der Einkommensteuer und einem Unternehmenssteuersatz, der noch knapp darüber lag. Undenkbar? In den USA betrug der Spitzensteuersatz nach dem Zweiten Weltkrieg 91 Prozent und auch später noch, bis zu den Steuersenkungen durch Ronald Reagan, 70 Prozent. Diese Steuersätze waren keinesfalls leistungsfeindlich, wie oft von interessierter Seite behauptet; schließlich fand zur selben Zeit ein gigantischer und anhaltender Wirtschaftsaufschwung statt.

Ein gerechteres Einkommensteuersystem, das auf eine Abflachung oder Abschaffung des so genannten Mittelstandsbauchs zielt, führt allerdings selbst bei einem deutlich höheren Spitzensteuersatz nicht zu erheblichen Steuermehreinnahmen. Umso entscheidender ist es, die Vermögensbesitzer und Unternehmen wieder stärker an der Finanzierung des Gemeinwesens zu beteiligen, von dem auch sie profitieren, etwa in Form sozialen Friedens, ausgebildeter Arbeitskräfte, guter Infrastruktur sowie eines funktionierenden Rechtssystems.

Zwei weitere steuerpolitische Maßnahmen müssen daher unbedingt umgesetzt werden: Besonders deutlich widerspricht die 25-prozentige

Abschlagsteuer auf Kapitalerträge der Steuergerechtigkeit. Sie ist nicht progressiv und für die meisten Anleger deutlich niedriger als die früher für Kapitalerträge fällige Einkommensteuer. Die Abschlagsteuer muss abgeschafft und durch die individuellen Einkommensteuersätze ersetzt werden. Die zweite, gerade in letzter Zeit viel diskutierte Forderung ist die stärkere Besteuerung von Vermögen, nicht nur durch die Erbschaftsteuer sondern insbesondere auch durch die Wiedereinführung der Vermögensteuer.

Zumindest erwähnt werden muss in diesem Zusammenhang, dass höhere Steuersätze gerade für das „scheue Reh“ Kapital eine wesentlich stringenter Bekämpfung von Steuerflucht und Steuervermeidung voraussetzt. Steuergerechtigkeit kann nur erreicht werden, wenn der Kampf gegen Steueroasen ebenso konsequent geführt wird der Kampf für mehr Transparenz, etwa durch eine zwingende Rechnungslegung nach Ländern (*country-by-country reporting*), die Offenlegung von Eigentümerstrukturen (*beneficial ownership disclosure*) und einen automatischen Informationsaustausch zwischen den Steuerbehörden der einzelnen Länder, sowie für ein Unternehmenssteuersystem, das Gewinnverschiebung unmöglich macht. Letzteres läuft auf eine Besteuerung von Konzernen als Einheit (*unitary taxation*) hinaus³ – die allerdings, anders als die von der EU-Kommission vorgeschlagene Gemeinsame Konsolidierte Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage (GKKB), keinesfalls optional sein darf, weil dies zu dauerhaft geringeren Einnahmen aus der Körperschaftsteuer führen würde.

Verteilungsgerechtigkeit stärken

Kaum eine steuerpolitische Maßnahmen könnte einen größeren Beitrag zur gerechten Gestaltung unseres Steuersystems leisten als die Vermögensteuer, obgleich die Einnahmen – das DIW geht in einer aktuellen Studie im Auftrag mehrerer Bundesländer bei einem mit 2 Mio. Euro sehr hohen persönlichen Freibetrag von 11,5 Mrd. Euro pro Jahr aus – keinesfalls ausreichen werden, um auch nur die finanziellen Auswirkungen der Krise auszugleichen. Für diesen Zweck erscheint eher eine einmalige Vermögensabgabe geeignet, die jedoch keinen Ersatz für eine dauerhafte Vermögensbesteuerung sein darf. Der Grund, warum gerade die Vermögensteuer zu den wichtigsten Reformen gehört: Kaum eine andere Steuer zielt so

³ Siehe TJN Info Steuergerechtigkeit 04, Dezember 2010 [www.globalpolicy.org/images/pdfs/GPFEurope/infosteurgerechtigkeit004.pdf].

deutlich auf Umverteilung. Sie ist damit auch ein Symbol für den Willen zu einem ernst gemeinten fiskalpolitischen Umlenken.

Die schon oben dargestellte extrem ungerechte Verteilung von Vermögen hat einen wesentlichen Beitrag zur Entstehung der Krise geleistet. Wenn sich immer mehr Geld auf den Konten derer sammelt, die ohnehin mehr haben, als sie jemals ausgeben können, geht trotz wachsenden Reichtums in der Gesellschaft die Nachfrage zurück, während zugleich die Verschuldung von Privathaushalten am unteren Ende der Reichtumspyramide steigt. Weil die Renditen in der Realwirtschaft nun nicht zuletzt auch aufgrund der schwachen Nachfrage vergleichsweise mager sind, werden die Vermögen zunehmend spekulativ auf den Finanzmärkten angelegt, oft in vollkommen intransparenten und unregulierten Steueroasen, wodurch das Finanzsystem immer krisenanfälliger wird. Die Macht der Finanzmärkte erklärt sich allein schon daraus, dass sie mit gut 200 Billionen US-Dollar mehr als das Dreifache des Weltsozialprodukts ausmachen.

Umgekehrt gilt, dass die Herstellung von mehr Verteilungsgerechtigkeit auch der Entstehung künftiger Krisen entgegenwirken kann – und damit auch, weil staatliche Bankenrettungsaktionen überflüssig würden, der Überschuldung von Staaten. Vermögensteuern, konsequent erhobene Unternehmenssteuern, Kapitalertragsteuern sowie hohe Spitzensteuersätze bei der Einkommensteuer sind sicher kein Allheilmittel gegen Krisen. Da die Krise viele Ursachen hat, müssen auch die Lösungsvorschläge vielfältig sein: von einer Re-Regulierung der Finanzmärkte über einen Schuldenerlass für überschuldete Staaten bis zu einer expansiven Lohnpolitik und gezielten staatlichen Investitions- und Bildungsprogrammen. Aber ein gerechtes und stringentes Steuersystem, das für sozialen Ausgleich und für eine solide Finanzierung des Staates sorgt, kann einen unschätzbaren Beitrag nicht nur zur Finanzierung von Krisenfolgen leisten, sondern vor allem auch zur Verhinderung künftiger Krisen.

Dem Teufelskreis aus Schulden, Sparen, Wachstumsrückgang und noch mehr Schulden kann auf diese Weise ein Tugendkreislauf entgegengesetzt werden. Dieser basiert auf einer qualitativen und nachhaltigen Wirtschaftsförderung durch gezielte öffentliche Investitionen, einer gerechten Verteilung der entstehenden Einkommen, einem gerechten Steuersystem und einem solidarischen Finanzausgleich zwischen Staaten und Regionen, der auch soziale und ökologische Modernisierungshilfen für Entwicklungsländer beinhalten könnte. Mit den solchermaßen gestärkten öffentlichen Finanzen kann der Kreis dann geschlossen werden.

Der vorliegende Text beruht u.A. auf Beiträgen und Diskussionen im Rahmen der internationalen Fachkonferenz „Steuergerechtigkeit – Menschenrechte – Zukunftsgerechtigkeit“ am 27. November 2012 in Berlin. Die Konferenz war eine gemeinsame Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung, des Global Policy Forum Europe, des Bischöflichen Hilfswerks MISEREOR und terre des hommes in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland.

Impressum

Herausgeber	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland
Autor	Dr. Nicola Liebert
Redaktion	Wolfgang Obenland Global Policy Forum Europe
Kontakt	Global Policy Forum Europe Wolfgang Obenland Königstr. 37a D-53115 Bonn europe@globalpolicy.org



Das Netzwerk Steuergerechtigkeit (Tax Justice Network) setzt sich für Transparenz auf den internationalen Finanzmärkten ein und lehnt Geheimhaltungspraktiken ab. Wir unterstützen faire Spielregeln im Steuerbereich und stellen uns gegen Schlupflöcher und Verzerrungen bei Besteuerung und Regulierung und gegen den Missbrauch, der aus diesen folgt. Wir fördern die Einhaltung von Steuergesetzen (Tax Compliance) und lehnen Steuerhinterziehung, Steuervermeidung und all jene Mechanismen ab, die es Vermögenseigentümern und -verwalterInnen ermöglicht, sich aus der Verantwortung gegenüber den Gesellschaften zu stehlen, von denen sie und ihr Wohlstand abhängen. Als zentrales Anliegen lehnen wir Steuer- bzw. Verdunkelungssoasen ab.

Neben der Webseite taxjustice.net betreibt TJN den deutschsprachigen [Blog Steuergerechtigkeit](#) mit aktuellen Informationen zu Themen der Steuerpolitik.